

1 *Antrag des Bezirksvorstands der LINKEN.Neukölln „Stoppt den Krieg und das Blutvergießen in Gaza“*
2 *an die Mitgliederversammlung des Bezirks Neukölln am 26. Februar 2024*

3 -----

4 **Stoppt den Krieg und das Blutvergießen in Gaza.**

5 **Humanitäre Hilfe statt Waffenlieferungen.**

6 **Gleiche Rechte für alle Menschen in Israel und Palästina.**

7 Der Krieg in Gaza hat die Lebensgrundlage von zwei Millionen Menschen zerstört. Mittlerweile sind über 20.000
8 Palästinenser*innen getötet und Unzählige verletzt worden. Hunderttausende sind nicht nur vertrieben worden,
9 sondern haben ihre Wohnung oder ihr Haus verloren und leben in existentieller Unsicherheit in Notunterkünften
10 oder unter freiem Himmel. Wir sind Augenzeugen unfassbaren Leids. Tausende Menschen wurden und werden
11 brutal aus dem Leben gerissen. Es braucht unverzüglich einen Waffenstillstand, um das Sterben zu beenden. Die
12 Geiseln müssen sofort freigelassen werden. Die LINKE. Neukölln spricht allen Opfern und ihren Angehörigen ihr
13 tiefstes Mitgefühl aus.

14 Wir verurteilen die entsetzlichen Attacken der Hamas auf Israel. Die Angriffe auf Zivilist*innen, ihre Ermordung und
15 Entführung, Vergewaltigungen und Folter, sind durch nichts zu rechtfertigen. Die entsetzlichen Verbrechen der
16 Hamas entbinden die israelische Regierung nicht von ihrer völkerrechtlichen Verantwortung. Die israelischen
17 Bombardements, denen Zivilist*innen in Gaza schutzlos und ohne Möglichkeit zur Flucht ausgeliefert sind, die
18 Bombardierung ziviler Einrichtungen und das Vorenthalten humanitärer Güter für die Zivilbevölkerung sowie die
19 vollständige Abriegelung (Strom, Wasser, Lebensmittel) des Gazastreifens nimmt die gesamte Bevölkerung in
20 Geiselhaft und stellen Kriegsverbrechen dar. Südafrika wirft Israel Völkermord an den Palästinenser*innen in Gaza
21 vor und hat Klage vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag eingereicht.

22 Auch in der Westbank und in Israel greifen extremistische Siedler*innen und israelische Streitkräfte verstärkt
23 Palästinenser*innen an. Die extrem rechten Parteien in Israel, die die von Benjamin Netanjahu Ende 2022 gebildete
24 Regierung dominieren, nutzen die aktuelle Situation, um ihren Plan für ein Groß-Israel umzusetzen, das das
25 Westjordanland und den Gazastreifen, also das gesamte britische Mandatsgebiet Palästina, umfasst.

26 Die blutige Eskalation im Nahen Osten wird von der deutschen Politik genutzt, um bedingungslose Solidarität mit
27 Israel einzufordern. Kritik an der israelischen Regierung wird als antisemitisch diffamiert. Stimmen, allen voran die
28 von Palästinenser*innen und Jüd*innen und Israelis, die sich gemeinsam für Frieden aussprechen, werden
29 zunehmend diffamiert und unterdrückt. Die LINKE.Neukölln unterstützt in diesem Zusammenhang den offenen
30 Brief von Berliner Kunst- und Kulturschaffenden, in dem sie sich gegen die von Kultursenator Joe Chialo verfügte
31 Antidiskriminierungsklausel wenden. Die darin enthaltene IHRA-Definition von Antisemitismus macht eine Kritik an
32 der israelischen Regierung nahezu unmöglich.

33 Weltweit haben antisemitische Vorfälle zugenommen, auch in Deutschland. Es ist eine Schande, dass sich
34 Jüd*innen in Deutschland nicht mehr sicher fühlen. Gleichzeitig erleben wir aktuell eine äußerst problematische
35 Verschiebung des Diskurses. So wird Antisemitismus überwiegend Menschen mit Migrationshintergrund oder
36 muslimischen Glaubens zugeschrieben und sie werden unter Generalverdacht gestellt. Antisemitismus in
37 Deutschland geht quer durch alle Gesellschaftsschichten. Antisemitismus ist nicht erst eingewandert, er war schon
38 immer hier.

39
40 Wir stellen uns dem erneuten Versuch aus Politik und Medien entgegen, Menschen mit Migrationsgeschichte in
41 Neukölln zu stigmatisieren und sie einer rassistischen Kampagne auszusetzen. Ob in Israel und Palästina, in
42 Deutschland oder anderswo: Der Schutz jüdischen Lebens und gleiche Rechte für Jüd*innen und
43 Palästinenser*innen müssen zusammengedacht werden.

44 Wir werden nicht nachlassen im Kampf gegen Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus und jede andere Form
45 rassistischer Diskriminierung. Wir werden uns weiterhin einsetzen für ein friedliches und solidarisches
46 Zusammenleben aller Neuköllner*innen, ob aus Palästina, Israel oder einer anderen Gegend der Welt, ob gläubig
47 oder nicht. Für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen in einem solidarischen Neukölln.

48 Wir stehen solidarisch an der Seite all jener demokratischen Kräfte, die sich für eine friedliche Lösung des Konflikts
49 einsetzen und auf eine Zukunft hinwirken, in der alle Menschen in dieser Region in Frieden, Würde und Sicherheit
50 zusammenleben können.

51

- 52 • Wir fordern die Bundesregierung auf, sich bei der israelischen Regierung für einen sofortigen und
53 dauerhaften Waffenstillstand und für eine sofortige Aufhebung der Blockade einzusetzen, sodass die
54 humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung ermöglicht wird.
- 55 • Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für die Freilassung aller Geiseln und politischen Gefangenen
56 einzusetzen.
- 57 • Wir fordern die Bundesregierung auf, keine Waffen nach Israel zu exportieren und sich für eine
58 internationale strafrechtliche Verfolgung aller Kriegsverbrechen einzusetzen.
- 59 • Wir fordern die Bundesregierung auf, sich bei der israelischen Regierung für ein Ende der Besatzung und
60 des Siedlungsbaus einzusetzen.

61

62